Straßenbeitragsfreies Hessen

eine AG hessischer Bürgerinitiativen

www.strassenbeitragsfrei.de

18. Mai 2023

Straßenbeiträge Hessen – Ergebnis der Anhörung zu aktuellem SPD Gesetzentwurf Drucks. 20/10514 – Abschaffung Straßenausbaubeiträge –

17 von 18 Anzuhörenden stimmen zu! *)

Seit Montag stehen die schriftlichen Stellungnahmen im öffentlich zugänglichen Informationssystem des Hessischen Landtags. Die überwältigende Mehrheit von 17 der 18 Anzuhörenden stimmt dem Gesetzentwurf zu, darunter alle kommunalen Spitzenverbände. Die insgesamt achtzehn Stellungnahmen sind hochinteressant und lesenswert (Link siehe unten).

Einzelne Passagen lassen deutliche Defizite an der Informiertheit einiger hessischer Institutionen und an der Rechtsstaatlichkeit ihres Handelns erkennen. Aber auch weniger brisante Hinweise zeigen, dass es für die landesweite Abschaffung der hessischen Straßenbeiträge nicht „5 vor 12“ ist, sondern bereits „5 nach 12“.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit nachfolgend eine Auswahl:

1. Aufdeckung rechtswidriger Praktiken
2. Rechtsfrieden ist durch aktuelle Gesetzeslage gefährdet
3. Kommunen „verdienen“ Geld durch grundhafte Erneuerung gemeindlicher Straßen
4. von kommunalem Spitzenverband unterstützte „Geheimhaltung“ von Verwaltungsvorgängen
5. rechtliches Gehör der Beitragspflichtigen wird von Verwaltungsgerichten abgeschnitten durch unterlassene Sachaufklärung
6. feste „Anti-Haltung“ beim HSGB in allen Rechtsmittelverfahren zu Strabs, und durchweg auch in der Rechtsprechung zumindest des Verwaltungsgerichts Kassel (weitere?)
7. öffentlicher Druck der BürgerInnen bewirkt „Tricksereien“ in Kommunen
8. Einführung von Straßenbeitragssatzungen ohne Beschluss der Gemeindevertretung / Stadtverordnetenversammlung
9. Verwaltungsrechtler haben aus sachlich-ökonomischer Unkenntnis (ökonomiefremde Ausbildung!) Vorteile konstruiert, die weder sachlich noch logisch haltbar sind.
10. die Anlehnung des Straßenbeitragsrechts an das Erschließungsbeitragsrecht ist unzulässig

11. die „grundlegende Straßenerneuerung“ ist genauso wie die „einfache Straßenerneuerung“ (nur die Deckschicht wird erneuert) eine bloße Reparaturmaßnahme dar. Beide verfolgen denselben Zweck: die bessere Befahrbarkeit der Straße wieder herzustellen. Ein grundstücksbezogener Vorteil ist daraus nicht ableitbar
12. die fehlerhaften Vorteilskonstruktionen der Verwaltungsrechtler können die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nicht rechtfertigen.
13. teure Experimente: jede zweite Gemeinde, die wiederkehrende Straßenbeiträge eingeführt hat, hat sie inzwischen wieder abgeschafft.
14. wiederkehrende Beiträge im fünfstelligen Bereich, über 50.000 € jährlich!
15. wiederkehrende Straßenbeiträge: Verwaltungsaufwand beträgt 40% Sanierungskosten der Verkehrsanlagen
16. andere Bundesländer beweisen: **Kommunale Selbstverwaltung wird nicht beschädigt**
17. befremdliche, nicht belegte Aussagen von Straßenbeitragsbefürwortern der Regierungskoalition und der FDP Fraktion im Landtag
18. zunehmende gesetzliche Normierung von Aufgaben durch EU, Bund, Land bindet weitgehend auch die finanziellen Ressourcen der Gemeinde
19. **„goldener Zügel“**: indirekt beeinflussen EU, Bund, Länder die kommunalen Entscheidungsprioritäten durch zweckgebundene Mittel, die es nur unter vorgegebenen Bedingungen gibt.
20. Kommunalen Spitzenverbände vertreten einseitig die Positionen der Kommunalverwaltungen
21. **Recherche beim Hess. Amt für Bodenmanagement**: an klassifizierten Straßen (Bundes-, Landes-, Kreisstraßen) steht die GESAMTE Verkehrsanlage, also einschl. der Gehweganlage, im Besitz des Bundes bzw. des Landes oder des Landkreises.
22. Beitragspflichtige werden mehrfach abkassiert mit Erschließung, Grunderwerbssteuer, Grundsteuer, Kfz-Steuer usw.
23. **Bundesfinanzausgleich**: Hessen zahlte als einzige Geberland mit Straßenbeiträgen auch 2022 wieder 3,2 Milliarden Euro ein, während Berlin als größtes Empfängerland seine Straßenbeiträge bereits 2012 abgeschafft hat. Weitere Abgaben sind auf ähnlich hohem Niveau.

Diese Nachricht kann gerne weitergeleitet werden an MitstreiterInnen, Landes- und / oder Kommunalpolitik sowie Presse- und / oder Medienkontakte.

Die letzte namentliche Abstimmung im Landtag war am 16. Januar 2023, Protokoll und Liste anbei.

Links zu den Stellungnahmen: https://starweb.hessen.de/cache/AV/20/INA/INA-AV-072-T1.pdf , https://starweb.hessen.de/cache/AV/20/INA/INA-AV-072-T2.pdf , https://starweb.hessen.de/cache/AV/20/INA/INA-AV-072-T3.pdf

Andreas Schneider

AG Straßenbeitragsfreies Hessen – eine AG hessischer Bürgerinitiativen

*) anbei tabellarische Auswertung der schriftl. Anhörung

AG Straßenbeitragsfreies Hessen: Auswertung der schriftl. Anhörung

18. Mai 2023

zum Gesetzentwurf Drucks. 20/10514 – Abschaffung Straßenausbaubeiträge –

gem. abgegebenen Stellungnahmen hier: https://starweb.hessen.de/cache/AV/20/INA/INA-AV-072-T1.pdf , https://starweb.hessen.de/cache/AV/20/INA/INA-AV-072-T2.pdf, https://starweb.hessen.de/cache/AV/20/INA/INA-AV-072-T3.pdf

Institution	Name	Position zum Gesetzentwurf			
		Ja	Nein	Keine	ggfs. Einschränkungen/ Anmerkung
Hessischer Landkreistag		x			Verweist auf Position von HSGB und Städtetag
Hessischer Städte- und Gemeindebund		**x**			**bei finanziellem Ausgleich durch das Land *)**
Hessischer Städtetag		**x**			**bei finanziellem Ausgleich durch das Land *)**
RA Dr. Wolfgang Fichte		x			rechtswidrige Praktiken in Gemeinden
Willi Heß		x			Informationsdefizit in Kommunen
Dr. Ernst Niemeier	Ökonom / Fachjournalist Wirtschaftsdienst	x			Anlehnung des Straßenbeitragsrechts an Erschließungsbeitragsrecht ist unzulässig
AG Straßenbeitragsfreies Hessen	Andrea Müller-Nadjm / Andreas Schneider	x			Härtefallregelung,Rückzahlungssatzung, Vorfahrt für Instandhaltung
BI Lohra	Gerhard Höfler	x			rechtswidriges Handeln vor Ort
BI Trubenhausen (Großalmerode)	Holger Helmerich	x			wiederkehrende Beiträge im fünfstelligen Bereich, über 50.000 € jährlich!
Bund der Steuerzahler Hessen e. V.		x			hoher Erhebungsaufwand im Vergleich zu Einnahmen, Gerichtsverfahren, Fehlanreize
Haus & Grund Hessen		x			Mehrfachabkassieren, Auswirkungen Strabs auf Mieter
IG Straßenbeiträge Riedstadt		x			juristisches Vorgehen gegen wStrB
IG Straßenausbaubeiträge HELI Hessisch Lichtenau	Helmut Debus	x			Informationsdefizite vor Ort und Auslegungs-probleme bei aktueller KAG Fassung
Gemeinde Feldatal-Köddingen	Ehem. Ortsvorsteher Matthias Rahmann	x			rechtswidriges Handeln vor Ort
Stadt Pohlheim	Stadtverordneter Peter Alexander	x			WStrB – Verwaltungsaufwand beträgt 40% Sanierungskosten der Verkehrsanlagen
Verband Deutscher Grundstücksnutzer e. V. (VDGN) Berlin	Lothar Blaschke	x			Landtag und Landesregierung verantwortlich für Flickenteppich
Verband Wohneigentum Hessen e. V.	Michael Schreiber	x			Härtefallregelung,Rückzahlungssatzung, Straßenbaumanagement
Vereinigung liberaler Kommunalpolitiker (VLK)	Landesvorsitzender Michael Schüßler		x		mehr Finanzmittel vom Land, aber keine landesweite Abschaffung der Strabs

*) bitte im Originaltext selbst lesen!

(Zuruf Axel Gerntke (DIE LINKE))

Es war ein Kampf um die Frage, wie man auch für genug Freizeit sorgt. Inzwischen gibt es viele Betriebe, die damit werben, selbst Handwerksbetriebe, das haben wir gestern auch gehört, nach dem Motto: Kommen Sie zu uns, bei uns gibt es eine Viertagewoche.

Die Betriebe selbst müssen sich verbessern. Sie müssen attraktiv sein, sie müssen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut behandeln. Sie sehen übrigens, dass wir das in vielerlei Hinsicht auch machen. Manches verändert sich auch, denken Sie beispielsweise nur einmal an die Frage, welchem Arbeitgeberverband das Land angehört und welchem nicht.

Wir haben beispielsweise mit der TdL geklärt, wie ein Wiedereintritt aussehen könnte. Die TdL hat dann gesagt: Na ja, dann müssen aber all die Dinge, bei denen es den hessischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besser geht, wieder runtergefahren werden, damit Hessen wieder eintreten kann.

Ich kann Ihnen nur sagen: Ich weiß ja, was gewollt ist. Aber gut gemeint ist manchmal nicht gut gemacht. Deswegen kann ich aus Sicht der Landesregierung sagen: Dieser Gesetzentwurf würde dem Mittelstand nicht helfen. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Al-Wazir. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der zweiten Lesung angekommen und können über den Gesetzentwurf in zweiter Lesung abstimmen.

Es ist der Gesetzentwurf der SPD für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Mittelstandsförderungsgesetzes. Wer dem Gesetzentwurf zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der LINKEN und die Fraktion der SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die CDU, die Freien Demokraten und die AfD. Wer enthält sich? – Das ist der fraktionslose Abg. Wissenbach. Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung abgelehnt.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 14:**

Zweite Lesung
Gesetzentwurf
Landesregierung
Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Vollzug von Aufgaben auf den Gebieten des Veterinärwesens, der Lebensmittelüberwachung und der Ernährungssicherstellung und -vorsorge
– Drucks. 20/9975 zu Drucks. 20/9444 –

Die Berichterstattung hat der Kollege Abg. Müller.

(Zuruf: Witzenhausen!)

– Herr Müller aus Witzenhausen. Das hatte ich vergessen.

Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen), Berichterstatter:

Vielen Dank, Frau Präsidentin, auch für den Hinweis auf Witzenhausen.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt, den Gesetzentwurf anzunehmen, mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, AfD, Freien Demokraten bei Enthaltung der LINKEN.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Abg. Müller. – Es ist vereinbart worden, den Gesetzentwurf ohne Aussprache abzustimmen. Deswegen können wir jetzt gleich über den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Vollzug von Aufgaben auf den Gebieten des Veterinärwesens, der Lebensmittelüberwachung und der Ernährungssicherstellung und -vorsorge abstimmen.

Wer für den Gesetzentwurf ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, Freie Demokraten, AfD und der fraktionslose Abg. Wissenbach. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen und zum Gesetz erhoben.

Dann kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 15:**

Zweite Lesung
Gesetzentwurf
Fraktion DIE LINKE
Gesetz zur Aufhebung von Straßenbeiträgen in den hessischen Kommunen
– Drucks. 20/10213 zu Drucks. 20/8771 –

Für die Berichterstattung hat der Abg. Bauer das Wort, den ich aber gar nicht sehe.

(Minister Tarek Al-Wazir: Ihr wart zu schnell!)

Kann das bitte jemand von den Kollegen übernehmen? – Die Abg. Goldbach.

Eva Goldbach, Berichterstatterin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beschlussempfehlung des Innenausschusses: Der Innenausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung abzulehnen, mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freien Demokraten gegen die Stimmen von SPD und der LINKEN bei Enthaltung der AfD.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Abg. Goldbach für die Berichterstattung. – Als Erster hat der Abg. Felstehausen das Wort.

Torsten Felstehausen (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle auf der Besuchertribüne die Mitglieder der AG Straßenbeitragsfreies Hessen und auch die Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus dem Verband Wohneigentum ganz herzlich begrüßen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Sie werden sich an die eine oder den anderen aus diesen Gruppen erinnern, weil sie tatsächlich einen wesentlichen Beitrag zu diesem Gesetzentwurf geliefert haben, dadurch,

dass sie sich an den Anhörungen aktiv beteiligt haben, dadurch, dass sie viele Sachen zusammengetragen haben. Auf der Grundlage dessen und in Rücksprache mit ihnen ist dieses Gesetz so zustande gekommen, wie es heute vorliegt.

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Entwurf! Es ist ein Entwurf und kein Gesetz!)

Heute ist ein guter Tag für Bürgerinnen und Bürger, die an Anliegerstraßen in unserem Land wohnen. Sie werden mit sofortiger Wirkung und auch rückwirkend von der Belastung durch Straßenausbaubeiträge befreit. … wir … schaffen damit eine echte Entlastung in einer Zeit, in der die Bürgerinnen und Bürger sie ganz besonders brauchen.

(Beifall DIE LINKE – Unruhe)

Ja, jetzt schaue ich in etwas irritierte Gesichter. Sie haben es vielleicht gemerkt, das sind zwar wahre Worte, aber es sind nicht meine Worte.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Einen kleinen Augenblick bitte. – Es ist sehr laut, ich bitte um mehr Aufmerksamkeit für den Redner.

Torsten Felstehausen (DIE LINKE):

Na ja, den einen oder anderen interessiert es vielleicht nicht so. – Es sind wahre Worte, aber es sind nicht meine Worte. Sie stammen von Anke Fuchs-Dreisbach, die für die CDU im Landtag von Nordrhein-Westfalen sitzt. Die Sätze sind aus einer Pressemitteilung vom 24. März 2022. An diesem Tag beschloss der Landtag von Nordrhein-Westfalen auf Antrag der damaligen Regierungskoalition von CDU und FDP eine 100-prozentige Kostenübernahme der Straßenbeiträge durch das Land.

Im gleichen Antrag wurde die Landesregierung aufgefordert, ein Konzept zur endgültigen Abschaffung der Straßenbeiträge zu entwickeln. Ich finde, das war ein guter Wurf, den wir dort in NRW gesehen haben.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Diesen Ball haben CDU und GRÜNE nach der letzten Landtagswahl in NRW aufgegriffen und in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten:

Wir werden die Straßenausbaubeiträge … für das Land Nordrhein-Westfalen rückwirkend zum 1. Januar 2018 für die beitragspflichtigen Eigentümerinnen und Eigentümer abschaffen und die ausbleibenden Einnahmen für die Kommunen landesseitig ersetzen.

(Beifall DIE LINKE)

Hört, hört, lasst uns dort hinschauen, und lasst es uns ähnlich machen. Dieses Vorhaben entspricht nämlich genau dem, was betroffene Bürgerinnen und Bürger, über 70 Bürgerinitiativen, zahlreiche Expertinnen und Experten sowie Verbände und DIE LINKE schon seit Jahren auch für Hessen fordern. Die unsozialen, ungerechten und unsinnigen Straßenbeiträge müssen endlich abgeschafft werden. Das Land muss den Kommunen die Einnahmeausfälle erstatten,

(Beifall DIE LINKE und SPD – Alexander Bauer (CDU): Wieso muss es das?)

weil Straßen ein Teil der öffentlichen Infrastruktur sind; und ihre Kosten dürfen nicht auf einzelne Anwohnerinnen und Anwohner abgewälzt werden. Das müssen CDU und GRÜNE endlich auch in Hessen einsehen, meine Damen und Herren. Handeln Sie endlich so, wie es viele andere Länder auch schon machen.

(Beifall DIE LINKE – Alexander Bauer (CDU): Eigentum verpflichtet!)

Allerdings sind in NRW die Straßenbeiträge auch noch nicht komplett abgeschafft. Mit dem dortigen schwarz-grünen Koalitionsvertrag ist es nämlich ähnlich wie mit dem in Hessen: Papier ist geduldig, und nicht alles, was vollmundig versprochen wird, findet auch tatsächlich statt.

Das sieht Robin Korte, Sprecher für Kommunalpolitik der grünen Landtagsfraktion in Düsseldorf, selbstkritisch ein. In seiner Rede vom 9. Dezember letzten Jahres sagte er:

Ja, Nordrhein-Westfalen ist eines der letzten Bundesländer, das den Straßenausbaubeitrag noch erhebt, und das ist schlecht.

Weiter sagte er – ich zitiere –:

… der Aufwand zur Abrechnung der Beiträge in unseren Kommunen ist schlicht zu hoch. Wir können das Personal, das in unseren Tiefbauämtern auch für die Verkehrswende und für Maßnahmen zur Klimaanpassung gebraucht wird, wahrlich für bessere Aufgaben einsetzen als dafür, Beitragsbescheide zu erstellen.

(Beifall DIE LINKE)

Diese Ehrlichkeit, diesen realistischen Blick auf die Realität in den kommunalen Verwaltungen würde ich mir endlich auch von den GRÜNEN hier in Hessen wünschen. Stattdessen bleiben Sie bei Ihrer ideologischen Blockadehaltung. Damit beschreitet Hessen einen völlig falschen Sonderweg. Mittlerweile sind es neun oder – zählen wir NRW dazu – zehn Bundesländer, die keine Straßenbeiträge mehr erheben. Weitere werden folgen, und es ist längst überfällig, dass auch Hessen nachzieht.

Deshalb haben wir im Sommer letzten Jahres zum dritten Mal nach 2018 und 2019 einen eigenen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenbeiträge eingebracht. Dabei haben wir die Ausgleichssumme für Kommunen auf mindestens 70 Millionen € erhöht und nach dem Vorbild von Bayern einen Härtefallfonds in Höhe von 25 Millionen € aufgenommen. Wir glauben, dass wir damit eine praktikable Lösung vorgelegt haben, wie man Straßenausbaubeiträge sofort abschaffen kann.

(Beifall DIE LINKE)

Natürlich weiß ich, was gleich von der Seite der Regierungsfraktionen kommen wird, aber wahrscheinlich auch von der FDP, die in dieses Konzert einstimmen wird. Ich möchte zumindest kurz auf ein paar Punkte eingehen.

Zum einen werden Sie behaupten, dass eine vollständige Abschaffung der Straßenbeiträge die kommunale Selbstverwaltung aushöhlt. Aber ist diese Selbstverwaltung in anderen Bundesländern, in denen es keine Straßenbeiträge gibt, wirklich eingeschränkt? Ist Ihren Kolleginnen und Kollegen mit Regierungsverantwortung die kommunale

Selbstverwaltung dort wirklich egal? – Ich glaube, nicht. Natürlich nicht, und das wissen Sie genauso wie ich; denn es ist so, dass es möglich ist, die Straßenbeiträge abzuschaffen, ohne dass die Kommunen leiden – vorausgesetzt, es gibt diese Entschädigungszahlungen, wie wir sie in unserem Gesetzentwurf vorgesehen haben.

Der ganze Verweis auf die kommunale Selbstverwaltung ist ein vorgeschobenes Argument, hinter dem Sie sich mit Ihrem fehlenden politischen Willen verstecken wollen. Darum geht es doch in Wirklichkeit.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten))

Damit komme ich zum zweiten Gegenargument gegen unseren Gesetzentwurf. Sie behaupten, dass die Regelungen, die seit 2018 getroffen worden sind – Stichwort: wiederkehrende Beiträge, Ratenzahlung und Kommunaldarlehen –, alle Probleme gelöst hätten. Natürlich ist es gut, dass es diese Regelungen mittlerweile gibt. Aber sie sind doch nicht das Verdienst der Landesregierung, sondern von engagierten Einzelpersonen und den über 70 Bürgerinitiativen, die seit Jahren kenntnisreich und hartnäckig für ihre Anliegen kämpfen. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

(Beifall DIE LINKE)

Leider ist die Arbeit dieser Bürgerinitiativen auch weiterhin notwendig, weil Straßenbeiträge in vielen Kommunen auch weiterhin bestehen und weil die angeblichen Lösungen überhaupt nicht funktionieren. Aus Zuschriften und der schriftlichen Anhörung zu unserem Gesetzentwurf wissen wir, dass die wiederkehrenden Beiträge keineswegs zu zumutbaren Summen für die Betroffenen führen, wie es die Landesregierung immer wieder behauptet. Vielmehr gibt es Fälle, in denen die Betroffenen viele Tausend Euro, vereinzelt sogar mehrere Zehntausend Euro wiederkehrende Beiträge zu bezahlen haben. Das, was Sie hier als Lösung präsentieren, ist für die Betroffenen das genaue Gegenteil, nämlich ein Riesenproblem.

(Beifall DIE LINKE)

Ebenso gehen die bürokratischen und rechtlichen Probleme munter weiter. Bürgerinnen und Bürger erhalten keine ausreichenden Informationen. Es kommt zu ungleichen und ungerechten Erhebungen. Die Kommunen verweigern mögliche Ratenzahlungen. Betroffene werden vor Gericht nicht ernst genommen, usw. usf.

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Na, na, na! Was ist das für eine Gerichtsschelte?)

Zugleich entsteht für die Kommunen und für die Gerichte ein riesiger bürokratischer Aufwand. Im Ergebnis raubt die jetzige Situation allen Beteiligten unfassbar viel Zeit, Energie und Geld. Sie stiftet Unfrieden und lenkt von den Dingen ab, die eigentlich getan werden müssten.

(Zuruf Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten))

All diese Probleme wären doch sofort verschwunden, wenn die Straßenbeiträge endlich abgeschafft würden. Das ist die einzige echte Lösung.

(Beifall DIE LINKE)

Die schriftliche Anhörung hat einmal mehr gezeigt, dass unser Gesetzentwurf hierfür ein geeigneter Weg ist. Es wäre – ich zitiere aus der Stellungnahme der AG Straßenbeitragsfreies Hessen – „eine faire und praktikable Lösung aller aufgezeigten Konflikte“.

Über drei Viertel aller Stellungnahmen haben sich für unseren Gesetzentwurf ausgesprochen. Ich kann mich in der Tat an kaum eine Anhörung zu einem Gesetzentwurf dieser Landesregierung erinnern, bei der die Zustimmung annähernd so groß gewesen wäre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und den GRÜNEN – Frau Präsidentin, ich werde zum Schluss kommen –, erkennen Sie deshalb die Zeichen der Zeit. Springen Sie über Ihren Schatten, und nehmen Sie sich Schwarz-Grün in NRW zum Vorbild. Schaffen Sie gemeinsam mit uns endlich die unsäglichen Straßenbeiträge ab. – Vielen Dank für das Zuhören.

(Beifall DIE LINKE)

Ein Nachsatz noch. Da uns dieses Thema so wichtig ist, beantragen wir an dieser Stelle eine namentliche Abstimmung. – Vielen Dank.

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Meine Güte!)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Abg. Felstehausen. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt die Abg. Goldbach das Wort.

(Unruhe)

Eva Goldbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Man ist versucht, zu sagen: „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Aber wir führen diese Debatte gerne immer wieder.

Ich möchte zurückblicken und erklären, warum wir es 2018 so geregelt haben. Damals hatten wir ungeheuer viele defizitäre Kommunen, und wir hatten die Situation, dass die Kommunen von der Kommunalaufsicht dazu gezwungen werden konnten, Straßenbeiträge zu erheben, um ihre kommunalen Haushalte zu konsolidieren.

Wir haben 2018 eine sechsstündige öffentliche Anhörung im Landtag veranstaltet und haben danach einen Fünf-Punkte-Maßnahmenplan verabschiedet, die regierungstragenden Fraktionen CDU und GRÜNE gemeinsam mit der FDP.

Noch einmal die fünf Punkte im Einzelnen, damit es ganz klar ist. Wir haben gesagt: Auch defizitäre Kommunen sind seitdem frei in der Finanzierung ihrer Straßensanierung. Es gibt keinen Zwang mehr zur Erhebung von Straßenbeiträgen bei defizitären Haushalten.

Wir haben darüber hinaus noch viel mehr für die hessischen Kommunen und deren Finanzlage getan. Mit der Neuordnung des hessischen Kommunalen Finanzausgleichs sind die Zahlungen an die Kommunen seit 2016 von 4,3 auf 6,9 Milliarden € in diesem Jahr, 2023, gestiegen. Wichtig ist dabei: Die Zahlungen an die Kommunen sind nicht mehr abhängig von den Steuereinnahmen des Landes, sondern werden nach dem Bedarf der Kommunen bemessen.

Wir haben mit zwei riesigen Entschuldungsprogrammen einmal die hessischen Kommunen von Kassenkrediten entlastet – das war das Programm Hessenkasse. Außerdem haben wir sie bei der Entschuldung mit dem großen Schutzschirmprogramm unterstützt.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Kürzungsprogramm!)

Drittens haben wir mit zwei riesigen Sonderinvestitionsprogrammen auch Investitionen in Straßen und Brücken in den Städten und Gemeinden gefördert.

Das war der erste Punkt zur Finanzlage der Kommunen. Wir haben jetzt eine völlig andere Situation als damals, als es immer darum ging: Müssen defizitäre Kommunen Straßenbeiträge erheben, um ihre Haushalte auszugleichen? Diese Situation haben wir nicht mehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Zweitens. Bei der Erhebung von Straßenbeiträgen ist aus dem Soll ein Kann geworden. Das heißt, in Hessen gibt es keinen Zwang mehr. Herr Kollege Felstehausen, Sie stellen es so dar, als müsste man in Hessen Straßenbeiträge erheben. Nein, man muss es nicht mehr, keine Gemeinde muss das mehr tun.

(Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Wer pleite ist, muss! Reden Sie nicht immer nur von Eschborn!)

Drittens. Für die Anwohnerinnen und Anwohner haben wir spürbare Entlastungen und Verbesserungen bewirkt. Statt Ratenzahlungen nur über fünf Jahre zu ermöglichen, sind sie jetzt bis zu 20 Jahre möglich.

(Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE): Das nützt der 80-jährigen Rentnerin auch nichts!)

Das sind deutlich niedrigere Beträge, und das zu deutlich niedrigeren Zinssätzen. Damit sollen individuelle Härten vermieden werden. Im Übrigen gab es schon immer und gibt es auch heute die Möglichkeit, das niederzuschlagen. Wenn nämlich die Härte so groß ist, dass beispielsweise die hier schon viel besprochene Großmutter ihr Häuschen verkaufen müsste, um die Straßenbeiträge zu bezahlen, kann wegen der Härte der Anspruch auch niedergeschlagen werden. Auch das geht immer noch.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall Alexander Bauer (CDU))

Viertens. Den Kommunen, die wiederkehrende Straßenbeiträge erheben wollen, greifen wir mit einem pauschalierten Kostenausgleich in Höhe von 20.000 € pro Abrechnungsgebiet unter die Arme. Das heißt, das Land beteiligt sich an den Verwaltungskosten, die natürlich entstehen, wenn man wiederkehrende Straßenbeiträge erhebt.

Fünftens. Wir haben die Einführung der wiederkehrenden Straßenbeiträge vereinfacht. Wir haben da nämlich etwas geändert. Die Straßenbeiträge und die Straßen müssen keinen funktionalen Zusammenhang mehr haben. Diese Voraussetzung wurde gestrichen. Jetzt können ganze Ortsteile zu einem Berechnungsgebiet zusammengefasst werden.

Das alles haben wir geändert. Das heißt, es liegt jetzt im Ermessen der Kommunen, ob sie Beiträge erheben, in welcher Höhe sie sie erheben, wie sie sie berechnen, ob sie wiederkehrende oder einmalige Beiträge oder ob sie einfach gar keine Beiträge mehr erheben. Genau das ist kommunale Selbstverwaltung, aber nicht so, wie es Herr Kollege Felstehausen dargestellt hat. Wir lassen sie nicht einfach im Regen stehen, sondern geben viel Unterstützung und Hilfen.

Das ist mir wirklich wichtig: Wir haben den Kommunen viel finanzielle Unterstützung und Hilfe gegeben. Das ist auch richtig. Es gibt eine dauerhafte viel bessere Finanzierung aller kommunalen Haushalte. Das heißt, die Argumente aus den Jahren 2018, 2017 und 2016 gelten heute nicht mehr. Wir befinden uns in einer anderen Situation. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass das richtig war. Wir stehen dazu. Wir werden deshalb den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE heute ablehnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Alexander Bauer und Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU))

Vizepräsidentin Karin Müller:

Frau Abg. Goldbach, vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD erhält jetzt Herr Abg. Vohl das Wort.

Bernd-Erich Vohl (AfD):

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Hessische Landtag hat sich in dieser Legislaturperiode mit dem Thema Straßenbeiträge schon sehr oft und sehr intensiv beschäftigt. Von daher gibt es in dieser zweiten Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE zur Abschaffung der Straßenbeiträge keine wesentlichen neuen Erkenntnisse.

Es wurde inzwischen eine weitere schriftliche Anhörung durchgeführt. Aber auch da kamen keine neuen Gesichtspunkte zum Vorschein. Wie schon die vorherigen Anhörungen ergeben haben, waren die Anzuhörenden mehrheitlich für die Abschaffung dieser Beiträge. Denn diese Beiträge belasten die Bürger auf eine Art und Weise, die nicht mehr zumutbar ist.

Auch gibt es bei der Erhebung ein Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Gemeinden. Denn nicht alle hessischen Kommunen erheben diese Beiträge. Die in Hessen 2018 verabschiedete Reform des Gesetzes über kommunale Abgaben sowie der Hessischen Gemeindeordnung in puncto Straßenbeiträge hat bereits dazu geführt, dass ca. 180 Kommunen in Hessen keine Beiträge mehr erheben. In den übrigen 170 Kommunen werden jedoch weiterhin Straßenbeiträge erhoben.

Wohnt ein Bürger in einer finanzstarken Kommune – ich denke z. B. an meine Heimatstadt Neu-Isenburg –, muss er keinen solchen Beitrag bezahlen. In einer finanzschwachen Gemeinde muss er aber zum Teil Tausende Euro zahlen. Dieses Ungleichgewicht muss endlich abgeschafft werden. Eigentümer im ländlichen Raum dürfen nicht gegenüber denen in der Stadt benachteiligt werden.

(Beifall AfD)

Außerdem wurden die Anlieger bereits im Rahmen der Ersterschließung an den Kosten beteiligt.

Ein weiterer Aspekt ist, dass die Straßen nicht nur von den Anliegern genutzt werden, sondern von allen Bürgern. Deswegen sollen bzw. müssen sie auch von der Allgemeinheit, also aus Steuermitteln, finanziert werden.

Schauen wir uns das doch einmal in anderen Bundesländern an. Als Beispiel will ich Bayern und Baden-Würt-

temberg nennen. Dort wird ganz auf die Erhebung dieses Beitrags verzichtet. Da erhalten die Kommunen über den Kommunalen Finanzausgleich einen Verkehrsausgleich vom Land.

Auch die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen zeigt, dass die Abschaffung nur eine Frage der Zeit ist. Trotzdem werden die Koalitionäre in Hessen einer Abschaffung der Straßenbeiträge heute wieder nicht zustimmen. Herr Felstehausen, auch wenn Sie die namentliche Abstimmung verlangt haben, wissen wir, wie sie ausgehen wird.

(Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Ich kann nicht in die Zukunft schauen! Wir haben ein paar gute Argumente!)

In unserem Nachbarland Nordrhein-Westfalen haben wir gesehen, dass die dortige Landesregierung die Straßenbeiträge kurz vor der Landtagswahl abgeschafft hat. Es scheint mir, als wolle auch in Hessen die Landesregierung kurz vor der Landtagswahl die Abschaffung der Beiträge als großes Wahlkampfgeschenk verteilen.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Den Eindruck habe ich leider nicht!)

Vielleicht lernt die CDU von denen in Nordrhein-Westfalen.

Die Straßenbeiträge sind für viele Haus- und Wohnungseigentümer in Hessen eine Bürde. Sie stellen eine erhebliche finanzielle Last dar und können die Eigentümer, insbesondere die Rentner, in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten bringen.

Wir leben gerade in einer Zeit, in der die Bürger ohnehin schon immer mehr belastet werden. Die steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten, die Inflation sowie die kommende Erhöhung der Grundsteuer belasten die Bürger schon genug. Deswegen sollten die Eigentümer nicht auch noch mit den Straßenbeiträgen belastet werden.

Früher wurde einmal gesagt, die beste Altersvorsorge sei ein Haus. Doch jetzt können sich gerade die Rentner aufgrund der stetig steigenden Belastungen den Unterhalt kaum noch leisten.

Leider sind diese Erkenntnisse noch nicht bei den Mitgliedern der Regierungsfraktionen der CDU und der GRÜNEN angekommen. Die ablehnende Haltung gegenüber den Vorschlägen zur Entlastung der Bürger wird weiterhin eingenommen. Somit wird auch die Initiative der Fraktion DIE LINKE mit der fast wortgleichen Kopie unseres Gesetzentwurfs nichts an dem bestehenden Missstand der Erhebung der Straßenbeiträge ändern.

Zusammenfassend bleibt hier zu sagen: Die Straßenbeiträge sind in höchstem Maße ungerecht. Daher gehören sie abgeschafft. Ich sage es noch einmal: Ich bin außerdem davon überzeugt, dass die Landesregierung kurz vor der Landtagswahl den Geschenkbeutel öffnen wird. Sie wird dann die Abschaffung der Straßenbeiträge als großen Wurf zur Entlastung der Bürger verkaufen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank. – Für die Fraktion der Freien Demokraten erhält jetzt Herr Schäfer aus Maintal das Wort. Das ist seine erste Rede.

Thomas Schäfer (Maintal) (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich für die freundliche Aufnahme in diesen Kreis sehr herzlich bedanken. Auch kurz vor Ende einer Legislaturperiode ist es etwas Schönes, hier mitwirken zu dürfen.

Ich weiß noch nicht, ob ich dazu beitragen werde, Ihren Blutdruck zu erhöhen oder zu senken. Das werde ich am Ende dieser Rede wissen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lieber erhöhen!)

– Das habe ich in den drei Tagen gelernt, ich merke, dass Sie in der Regel eher die Tendenz zu dem höheren Blutdruck haben. – Das ist sicherlich ein schönes Thema. Ich bin schon jahrzehntelang Kommunalpolitiker und darf meine erste Rede zu Straßenbeiträgen halten.

Die Straßenbeiträge sind ein Ärgernis. Ich weiß das. Ich kenne das aus meiner Kommune. Das macht keiner gerne. Natürlich stellt sich da jedes Mal die Frage: Was mache ich mit meinen Bürgern? Wie viel nehme ich ihnen für welche Leistung ab? Das ist genau die gleiche Debatte, die ich führe, wenn es um die Erhöhung der Grundsteuer geht. Auch da debattiere ich über die Frage: Was mute ich meinen Bürgern in der Stadt oder in der Gemeinde zu?

Am Ende ist das aber eine der Königsdisziplinen der Kommunalpolitik. Denn er kann aufgrund der Selbstverwaltung als Kommunalpolitiker entscheiden, was vor Ort gemacht werden soll. Es geht um die Fragen: Was ist richtig? Wie finanziere ich es?

(Beifall Freie Demokraten, Alexander Bauer (CDU) und Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Da gibt es unterschiedliche Ansätze. Ich habe den Ansatz, das über die Grundsteuer zu machen. Ich habe die Möglichkeit, das über die Straßenbeiträge zu machen. Ich entscheide als Stadtverordneter vor Ort darüber, wie es gemacht wird.

Wenn wir das Hohelied auf die Kommunalpolitik singen, dann sollten wir auf dieses Recht achten. Deswegen glaube ich, dass es der falsche Ansatz ist, zu sagen: Nein, wir wollen das nicht. Wir wollen, dass das vom Land aus zentralistisch geregelt wird.

(Beifall Freie Demokraten, Alexander Bauer (CDU) und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ganz ehrlich, ich habe jahrzehntelange kommunalpolitische Erfahrung. Ich weiß doch, wie es das Land macht. In der Regel finanziert das Land nie das aus, was es den Kommunen aufdrückt. Das sehen wir bei dem Thema Kindertagesstätten. Das sehen wir beim Thema Flüchtlinge. Das sehen wir bei allen Themen.

Die Kommunen müssen immer wieder einmal vor dem Staatsgerichtshof klagen, damit sie angemessen ausgestattet werden. Deswegen habe ich nicht das geringste Vertrau-

en darauf, dass das Land jemals ausreichend Gelder bereitstellt, damit die kommunalen Straßen gebaut und saniert werden können.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich möchte auch nicht als Kommunalpolitiker in die Situation kommen, dass das Land mir vorschreibt, wie ich vor Ort eine Straße zu bauen habe. Bei einer Anliegerstraße könnte es dann um die Frage gehen, alle wie viel Meter ich einen Baum zu setzen habe und wie ich abzugrenzen habe, welches der Kanal- und welches der Straßenteil ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, ganz ehrlich gesagt: Mir fehlt jegliche Fantasie dazu, dass Sie einmal Geld bereitstellen wollen, damit in einer Einfamilienhaussiedlung eine Straße erneuert werden kann. Das ist doch nicht Ihre Welt. Da würden Sie niemals die Sanierung einer Straße finanzieren wollen. Sie würden dafür niemals Mittel bereitstellen.

(Beifall Freie Demokraten und Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU))

Ganz ehrlich, mir fehlt auch die Fantasie dafür, dass das Land ausreichend Geld für den Straßenbau bereitstellt. Wir erleben auf Landesebene, wie zurückhaltend diese Landesregierung ist, wenn es darum geht, den Straßenbau durchzuführen und zu finanzieren. Warum sollte sie es dann gerade bei kommunalen Straßen machen?

Ich sehe mich da mit den Kommunalen Spitzenverbänden auf der gleichen Linie. Sie haben in der Anhörung sehr deutlich gesagt – davon bin auch ich fest überzeugt –, dass wir im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung darauf achten sollten, dass wir den Kommunen das Geld lassen, und sie selbst entscheiden, welchen Weg sie gehen.

Wir sollten da wirklich auf die Kommunalen Spitzenverbände hören. Auch wenn viele andere diesen Gesetzentwurf unterstützt haben, haben sie diesen Gesetzentwurf aus gutem Grund abgelehnt. Sie haben gesagt: Nein, macht das bitte nicht.

Ich will langsam zum Ende meiner Rede kommen. Ich will nicht gleich beim ersten Mal massiv überziehen. Ich komme auf das zurück, mit dem ich eingestiegen bin. Das ist die Kommunalpolitik.

Ich habe ein hohes Vertrauen in all die vielen Tausenden Kommunalpolitiker, die wir in Hessen haben, dass sie den richtigen Weg finden – und das ausfinanzieren –, wie sie das mit ihren Haushalten machen, in welcher Art und Weise sie es tun, wie sie ihre Stadt oder ihre Gemeinde und ihren Ort gestalten.

Es ist nicht Unseres, aus Wiesbaden vorzuschreiben, das Instrument der Straßenbeiträge dürft ihr nicht nutzen. Deswegen werde ich gemeinsam mit den Mitgliedern meiner Fraktion diesen Gesetzentwurf ablehnen. Ich würde mich freuen, wenn die Mehrheit dieses Hauses das auch tun würde. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Herr Abg. Schäfer, vielen Dank. Ich habe es schon gesagt: Das war die erste Rede des Abg. Schäfer aus Maintal.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlichen Glückwunsch dazu und vielen Dank für die vorbildliche Einhaltung der Redezeit.

Als Nächster erhält Herr Abg. Bauer für die CDU-Fraktion das Wort.

(Zuruf: Aber nicht mehr Bericht erstatten! Das war schon!)

Alexander Bauer (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das wurde schon deutlich: Wir debattieren heute zum wiederholten Mal über das Thema Straßenausbaubeiträge. Wir haben dazu erneut eine schriftliche Anhörung durchgeführt. Die Fraktion DIE LINKE wollte das so. Auch Mitglieder der SPD-Fraktion wollen es nicht dabei belassen. Sie haben die nächste Runde schon angekündigt. Man hat gemerkt, wie sich Herr Kollege Felstehausen mit den Mitgliedern seiner Fraktion DIE LINKE mit voller Inbrunst dieses Themas annimmt.

Da muss man sich schon die Augen reiben. Denn eigentlich laufen die Mitglieder der LINKEN sonst hinter dem Banner „Eigentum ist Diebstahl“ her. Zu Hausbesitzern haben sie doch immer die Attitüde, das seien die Reichen und die Besserverdienenden, die man gar nicht hoch genug besteuern könne.

Man sollte aber den Populismus nicht unterschätzen. Herr Kollege Felstehausen, das hat die Auswirkung, dass bei dieser Debatte der Klassenkampf einmal ruhen kann.

(Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Omas Häuschen!)

Die schriftliche Anhörung hat doch gezeigt: Alle Argumente sind bekannt. Die Vorredner haben das deutlich gemacht. Es kam kein einziges neues Argument hinzu. Die Stellungnahmen der Betroffenen haben das zu erwartende Ergebnis.

Wir verstehen den Ärger über das Bezahlen der entsprechenden Beiträge. Das ist uns nicht egal. Das Gegenteil ist der Fall. Weil uns die Situation der Grundstücksbesitzerinnen und -besitzer und der Eigentümerinnen und Eigentümer nicht egal ist, haben wir im Jahr 2018 spürbare Verbesserungen vorgenommen. Wir haben für die betroffenen Anlieger bessere Ratenzahlungen eingeführt. Demnach können die finanziellen Belastungen über 20 Jahre gestreckt werden.

Viel wichtiger ist, dass wir den Kommunen die Freiheit zum Entscheiden eingeräumt haben. Die Vorredner haben das schon verdeutlicht. Sie können nämlich selbst entscheiden, ob sie jetzt schon die Straßenausbaubeiträge abschaffen wollen – das kann man jetzt schon tun –, ob sie die einmaligen Beiträge behalten möchten oder ob sie auf wiederkehrende Straßenausbaubeiträge umstellen möchten. All das ist möglich.

Ich bin schon länger in diesem Haus. Ich kann mich noch an das Jahr 2015 erinnern. Da stand im Frühjahr 2016 die Kommunalwahl vor der Tür. Da wurden die Kommunalparlamente mit Anträgen der SPD-Fraktion zur Einführung der wiederkehrenden Straßenbeiträge geflutet. Es gab Musterresolutionen zur Einführung einer solidarischen Straßenfinanzierung. Das sollte ein Instrument zur sozial gerechten Finanzierung werden. Das war damals das Thema. Das

war der Wahlkampfhit der SPD. Davon kann man heute nichts mehr hören.

Dieses Modell bzw. Instrument hat einen Vorteil. Sie wollen das jetzt abschaffen. Auf die Frage des Geldes werde ich noch einmal zurückkommen. Es ist die Frage, ob das in Bayern für das ausreicht, was sich die Bayern vorgenommen haben.

Dann ist immer noch die Frage: Was geschieht mit denjenigen, die schon bezahlt haben? Diese Frage beantworten Sie nämlich nicht. Die Härtefallgeschichte hat einen Stichtag: fünf Jahre, sieben Jahre oder zehn Jahre. Ich kann Ihnen sagen, dass Sie bei den wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen eine Verschonungsregelung von bis zu 25 Jahren haben. So lange können Sie die Menschen rückwirkend verschonen, die 25 Jahre lang die Straßenausbaubeiträge bezahlt haben. Das haben Sie bei keinem anderen Instrument. Das ist ein Vorteil dieser Abrechnungsmethode.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bayern, die Sie immer als Kronzeugen anführen, mussten schon jetzt ihren Härtefallfonds auf 50 Millionen € aufstocken. Für das laufende Haushaltsjahr haben sie den Ausgleichsstock um 50 Millionen € auf 135 Millionen € erhöht. So viel legen die Bayern mittlerweile beiseite. Ich sage Ihnen: 135 Millionen € sind in Bayern vorgesehen. Sie fordern 80 Millionen € für Hessen. Das könnte ungefähr passen.

Man muss sich aber einiges vor Augen führen. Die Kollegen haben das deutlich gemacht. Der Kommunale Finanzausgleich ist das Geld, das das Land den Kommunen zur Eigenbewirtschaftung, genauer gesagt, zur Erledigung der Aufgaben, bereitstellt. Im Jahr 2018, als wir die Gesetzesänderung herbeigeführt haben, lag der Kommunale Finanzausgleich bei 4,9 Milliarden €. Sie fordern 80 Millionen € pro Jahr mehr für die Kommunen. Im Jahr 2023 beträgt der Kommunale Finanzausgleich 6,9 Milliarden €. Das sind für die Kommunen 2 Milliarden € mehr. Da wollen Sie mir sagen, die Kommunen könnten die Straßenausbaubeiträge nicht durch eigene Kraft erwirtschaften? Das ist völlig irreal.

Sie können dafür eintreten, dass die Kommunen selbst entscheiden, wie sie ihr Eigentum finanzieren. Das ist auch deren Pflicht. Der Bund zahlt für seine Straßen und für die Bundesautobahnen. Das Land zahlt für seine Straßen, die Landesstraßen. Die Kommunen müssen die Finanzierung für die Wiederherstellung bzw. die Erneuerung ihrer Straßen auch aufbringen.

Wie sie das machen, das entscheiden die Kommunalpolitiker vor Ort. Das fällt unter die kommunale Selbstverwaltung. Daran wollen und werden wir nicht rütteln. Es obliegt den Kommunen, zu entscheiden, ob sie das über allgemeine Steuermittel machen wollen, also über die Erhöhung der entsprechenden Steuern und Abgaben, ob sie ein solidarisches System mit wiederkehrenden Beiträgen einführen möchten oder ob sie bei den alten, bisher bekannten passgenauen Straßenausbaubeiträgen für die jeweiligen Anlieger verbleiben wollen.

Diese Freiheit wird genutzt. 180 Kommunen in Hessen haben die Beitragspflicht abgeschafft. 45 Kommunen verbleiben bei wiederkehrenden Straßenbeiträgen. 170 Kommunen bleiben bei dem alten System der entsprechenden Abrechnung der Straßenausbaubeiträge für die Straßenbezirke.

Wir haben da Vielfalt und Wahlmöglichkeiten. Wir haben da jetzt mehr Freiheit. Zu dem Duktus, Straßenausbaubeiträge in Hessen abschaffen, kann man sagen: Das kann jetzt schon mit einer entsprechenden Mehrheit vor Ort erfolgen. Dafür müssen Sie werben. Sie sollten im Hessischen Landtag keine Gesetzentwürfe einbringen, die das Problem auf eine andere Ebene verschieben.

(Beifall Jürgen Banzer (CDU) – Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das würde dem Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung widersprechen. Der Hessische Landkreistag und der Hessische Städtetag haben ganz deutlich gesagt, dass sie sich kein Verbot und keinen Wegfall dieser Möglichkeit, nämlich der Erhebung der Straßenausbaubeiträge, wünschen.

Die Entscheidung darüber, ob, wie und in welcher Form Straßenausbaubeiträge erhoben werden sollen, gehört auf die kommunale Ebene. Da müssen sich die Betroffenen Gehör verschaffen. Das machen sie auch. Da wird ihr Problem auch gelöst. Das muss in den Kommunen entschieden werden. Denn da sind die kommunalen Straßen, über die wir reden.

Es ist immer einfach, alles auf die nächsthöhere staatliche Ebene abzuladen. Auch der Hessische Rechnungshof warnt in seiner Stellungnahme völlig zu Recht vor einer immer noch weiter gehenden Finanzierung über die Allgemeinheit. Am Ende müssten die Kommunen ohne Sanierungsstau für eine Kommune mit Sanierungsstau aufkommen. So lautet es in der Stellungnahme des Hessischen Rechnungshofs.

Meine Damen und Herren, nach unserer Auffassung haben die hessischen Kommunen nach geltendem Recht jetzt schon genügend Spielraum, auf Straßenausbaubeiträge zu verzichten oder eine andere Form der Beitragserhebung zu wählen. Unsere Kommunen nutzen das auch schon. 180 haben Straßenausbaubeiträge abgeschafft. Das ist erfreulich. Aber die Möglichkeit, es auch anders zu halten, wollen und werden wir ihnen nicht nehmen. – Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Abg. Bauer. – Für die Fraktion der SPD hat jetzt der Abg. Rudolph das Wort.

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Der Fraktionsvorsitzende!)

Günter Rudolph (SPD):

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! – Herr Kollege Hahn, das wird sehr unterschiedlich hier im Haus gehandhabt. Aber das ist mir, ehrlich gesagt, dann auch egal.

Man kann das Thema Straßenbeiträge für die 422 Städte und Gemeinden in ignoranter Art und Weise behandeln, wie es Vertreter von CDU und GRÜNEN eben getan haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, na, na!)

Man kann sich hinstellen und sagen: Die Finanzlage der 422 Städte und Gemeinden in Hessen ist wunderbar, wir geben Geld in den Kommunalen Finanzausgleich. – Wissen Sie, Sie entfremden vor allem auch den Kommunalen Finanzausgleich mit Zweckbindung, Betriebskosten, Krankenhausfinanzierung. Sie nehmen den Kommunen Geld weg, um sich dann mit dem Geld anderer Leute feiern zu lassen. Das ist Ihre Art von Finanzierung der kommunalen Ebene.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Man kann sich auch hinstellen, Herr Bauer und Frau Goldbach, und sagen, die Kommunen sind doch in der Lage. Die Finanzausstattung der 422 Städte und Gemeinden ist nämlich sehr unterschiedlich. Es gibt nicht nur die Eschborns dieser Welt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt nämlich auch gerade viele kleine Flächengemeinden im ländlichen Raum – das ist das Problem –, die eben die Kosten nicht so locker aus den allgemeinen Deckungsmitteln tragen können.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Man kann sich auch lustig machen, dass das zum wiederholten Male Thema im Landtag ist. Das kann man machen, völlig in Ordnung. Es ist die Freiheit jeder Fraktion, Sorgen und Nöte von Menschen ernst zu nehmen. Ich war genug vor Ort. Ich habe auch mit Leuten gesprochen. Wissen Sie, Frau Goldbach, wenn mir ein 80-jähriger Rentner mit Tränen in den Augen sagt: „Herr Rudolph, ich weiß nicht, wie ich 10.000 € Straßenbeiträge zahlen soll, ich bekomme nämlich von meiner örtlichen Bank oder Volksbank keinen Kredit mehr“, dann, finde ich, muss man so etwas ernst nehmen als Symbol, wie Politik gerecht gemacht werden muss.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wenn man sich ein bisschen ernsthaft mit der Materie auseinandersetzt, so gehen Sie doch einmal in die Verwaltung. Die Erhebung der Straßenbeiträge ist ein Verwaltungsaufwand, der in keinem Verhältnis steht. Sie ist sozial ungerecht und spaltet die Bürgerschaft in einer Kommune. Nehmen Sie das doch endlich einmal zur Kenntnis. Das ist die Realität. Ich will Ihnen erläutern, warum. Es gibt Bürgerinnen und Bürger, die, wenn sie an einer übergeordneten Straße wohnen – Landesstraße, Kreisstraße, Bundesstraße –, in aller Regel keine Straßenbeiträge zahlen. Wohnen sie an einer Gemeindestraße, werden sie herangezogen. Mit welcher Begründung? Ist das ein gerechter Tatbestand? Erläutern Sie uns einmal, warum man das nicht ändern kann, meine sehr verehrten Damen und Herren. Warum?

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Da muss man schon wirklich sehr ignorant sein, um zu sagen, das ist alles kein Problem. Das ist ein Thema insbesondere des ländlichen Raums,

(Tobias Eckert (SPD): Genau!)

meine sehr verehrten Damen und Herren. Dann schauen Sie bitte einmal in das Grundgesetz: die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Wenn wir übrigens wollen, dass junge Familien auch auf das Land ziehen, sich vielleicht ein Häuschen dort erwerben, das renovieren, und dann müssen sie noch ordentliche Straßenbeiträge bezahlen, dann wird das nicht funktionieren. Wenn Sie sich die Entwicklung der Baukosten auch in dem Bereich anschauen, dann stellen Sie fest, das ist für Normalverdiener nicht bezahlbar.

Deswegen zum Gesetzentwurf der LINKEN. Die SPD hat das seit vielen Jahren ebenfalls getan. Wir wollen, dass Straßenbeiträge in Hessen abgeschafft werden und die Kommunen vom Land einen Ausgleich über eine Investitionspauschale bekommen, was ein richtiger, ein wichtiger Ansatz ist.

(Lebhafter Beifall SPD und DIE LINKE)

Wenn, sagen wir einmal, in nahezu zehn Bundesländern – NRW ein bisschen anders, aber es ist wenigstens Bewegung drin – Straßenbeiträge abgeschafft werden, kann das alles so falsch nicht sein, wenn es darum geht, Normalverdiener zu entlasten. Ich rede nicht über den, der ein hohes Einkommen hat oder vermögend ist; der darf das ruhig bezahlen, damit haben wir überhaupt kein Problem. Aber es geht um viele Normalverdiener. Zum Beispiel – was eben so ein bisschen ins Lächerliche gezogen wurde: „Eigentum verpflichtet“ – gibt es in der Tat ältere Menschen, da ist das Haus nachher dazu da, wenn ich keine Miete mehr bezahlen muss oder der Abtrag gesichert ist, um den Lebensabend zu finanzieren. Das kann man ignorieren, es ist aber durchaus die Lebensrealität in weiten Teilen des ländlichen Raums.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Dann, finde ich, kann man das nicht so en passant wegwischen.

Dass wir sagen, wir wollen die Städte und Gemeinden mit einer Investitionspauschale unterstützen, ist dem geschuldet: Wie macht man das? Mit welchem System macht man das? Die, die höhere Steuereinnahmen haben, brauchen von mir aus auch nichts zu bekommen. Aber wir wollen den Kommunen tatsächlich helfen, die es sich sonst nicht leisten können. Es kann doch nicht sein, dass wir einen Flickenteppich haben. Die Nachbargemeinde schafft sie ab, und in der eigenen Gemeinde bleiben sie bestehen. Das können Bürger nicht nachvollziehen. Wir wollen nämlich nicht, dass Populisten daraus auch noch vor Ort Honig saugen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ergebnis: Die Abschaffung der Straßenbeiträge ist richtig und notwendig. Meine Damen und Herren, deswegen werden wir den Gesetzentwurf der LINKEN unterstützen. Sie werden das alles ablehnen. Wir werden als SPD an dem Thema weiter dranbleiben.

(Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD): Ja, genau!)

Ja, da müssen die Bürgerinnen und Bürger eben noch ein Jahr warten. Ich bin sehr sicher – ich bin bereit, erneut eine Wette einzugehen –, nach dem 18. Januar 2024 wird das Thema Straßenbeiträge erneut auf die Agenda kommen. Ich kann allen zusichern, die davon betroffen sind, die SPD wird in Regierungsverantwortung Straßenbeiträge abschaffen. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Abg. Rudolph. – Für die Landesregierung hat jetzt Staatsminister Beuth das Wort.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die jetzige Landesregierung verbietet es sich, über die zukünftige zu spekulieren. Aber für diese Landesregierung kann ich sagen, wir haben uns mehrfach zu der Frage der Straßenausbaubeiträge geäußert. Die Argumente sind mehrfach hier im Hessischen Landtag vorgetragen worden. Die Hessische Landesregierung schließt sich den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP an

(René Rock (Freie Demokraten): Gute Entscheidung!)

und wird den entsprechenden Gesetzentwurf ablehnen.

Wir haben in der Vergangenheit häufig im Hessischen Landtag über die Verhältnisse der Kommunen diskutiert. Die Wirklichkeit unterscheidet sich elementar von dem, was der Abg. Rudolph hier gerade vorgetragen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten Jahren für die Konsolidierung der Kommunen sehr viel Geld investiert, auch richtigerweise investiert. Aus dieser Investition ergibt sich, dass wir 422 Städte und Gemeinden haben, die zum überwiegenden Anteil in der Lage sind, sozusagen ihre Verhältnisse selbst zu lösen und selbst zu regeln. Deswegen ist es richtig, dass wir ihnen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung das Instrument der Straßenausbaubeiträge in welcher Form auch immer belassen, damit sie über ihre Verhältnisse selbst entscheiden können.

So ist die Stellungnahme der Landesregierung zu dem Gesetzentwurf. Am Ende ist es an Ihnen, darüber zu entscheiden. Aber wir halten den Gesetzentwurf für entbehrlich. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Mir wurde mitgeteilt, dass eine namentliche Abstimmung gewünscht ist. Insofern dürfte ich nun die Schriftführer bitten, die Abgeordneten in der alphabetischen Reihenfolge aufzurufen.

(Beginn des Namensaufrufs – Beim Aufruf ihres Namens stimmt Ulrike Alex (SPD) mit Nein. – Zuruf: Das stimmt nicht! – Weitere Zurufe)

– Noch einmal zur Klarheit. Dann fangen wir noch einmal neu an, damit klar ist, über welche Drucksache und welchen Gesetzentwurf wir abstimmen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung in der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Aufhebung von Straßenbeiträgen in den hessischen Kommunen, Drucks. 20/10213 zu Drucks. 20/8771. Wir stimmen jetzt darüber ab, wer für den Gesetzentwurf ist. Jetzt beginnen wir mit der namentlichen Abstimmung.

(Namensaufruf)

Ich darf noch fragen, ob alle Abgeordneten die Gelegenheit hatten, ihre Stimme abzugeben. Gibt es jemanden, der diese Möglichkeit nicht hatte? – Das ist nicht der Fall. Dann unterbreche ich die Sitzung für einen kurzen Moment zur Feststellung des Ergebnisses durch die Schriftführer.

(Stimmenauszählung – Abstimmungsliste siehe Anlage)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir fahren nun in der Sitzung fort. Ich darf Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung mitteilen. Für den Gesetzentwurf haben 37 Abgeordnete gestimmt, gegen den Gesetzentwurf 72 Abgeordnete bei zehn Enthaltungen. Damit ist der Gesetzentwurf in der zweiten Lesung abgelehnt.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Dritte Lesung
Gesetzentwurf
Landesregierung
Gesetz über das Nationale Naturmonument „Grünes Band Hessen“
– Drucks. 20/10440 zu Drucks. 20/9973 zu Drucks. 20/9132 –

Ich habe gesehen, die Berichterstatterin Frau Gronemann steht schon bereit. Ich darf Ihnen das Wort erteilen. Bitte schön.

Vanessa Gronemann, Berichterstatterin:

Das mache ich sehr gerne. – Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung, Drucks. 20/9973, in dritter Lesung anzunehmen: CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen AfD, Freie Demokraten, Enthaltung SPD, DIE LINKE.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Als erster Rednerin darf ich Frau Arnoldt von der CDU-Fraktion das Wort erteilen.

Lena Arnoldt (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem „Grünen Band Hessen“ setzen CDU und GRÜNE eine Vereinbarung des Koalitionsvertrages um. Das war eine wichtige, aber sicherlich auch keine leichte Aufgabe; denn es galt, in den ausführlichen und intensiven Gesprächen und auch im Rahmen der Anhörung die vorgebrachten diversen Interessen zu vereinbaren.

Es ist klar, dass ein solches Vorhaben für den Naturschutz, die Erinnerungskultur und den Biotopverbund bei den Anliegern und den Land- und Forstwirten vor Ort auch Sorge hervorrufen kann, wenn Unsicherheiten bestehen, was auf den Flächen künftig noch möglich ist.

Auf dem Gebiet der ehemaligen Grenzanlagen und deren Umland ist in den vergangenen Jahrzehnten sowohl eine große Vielfalt von Lebensräumen für die Tier- und Pflanzenwelt als auch eine schützenswerte Kulturlandschaft entstanden. Aber für uns ist klar, diese Kulturlandschaft lebt ganz wesentlich auch von der Nutzung und Bewirtschaftung. Im Ergebnis werden durch unser Gesetz und den zugehörigen Änderungsantrag sowie durch die bessere Vernetzung der Naturschutz und die Naturwaldgebiete, der Biotopverbund auf europäischer Ebene gestärkt, und das,

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 15)

Abstimmungsliste über die namentliche Abstimmung

Zweite Lesung – Gesetzentwurf
– Drucks. 20/10213 zu Drucks. 20/8771 –

Name der/des Abgeordneten	Fraktion	ja	nein	enthalten	gefehlt
Alex, Ulrike	SPD	x			
Al-Wazir, Tarek	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Anders, Kathrin	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Arnoldt, Lena	CDU		x		
Bächle-Scholz, Sabine	CDU		x		
Bamberger, Dirk	CDU		x		
Banzer, Jürgen	CDU		x		
Bartelt, Dr. Ralf-Norbert	CDU		x		
Barth, Elke	SPD	x			
Bauer, Alexander	CDU		x		
Bellino, Holger	CDU		x		
Beuth, Peter	CDU		x		
Bocklet, Marcus	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Boddenberg, Michael	CDU		x		
Böhm, Christiane	DIE LINKE				x
Bolldorf, Karl Hermann	AfD				x
Brünnel, Silvia	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Büger, Dr. Matthias	Freie Demokraten		x		
Burcu, Taylan	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Claus, Ines	CDU		x		
Dahlke, Miriam	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Degen, Christoph	SPD	x			
Deißler, Lisa	Freie Demokraten		x		
Diefenbach, Frank	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Dorn, Angela	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Eckert, Tobias	SPD	x			
Eisenhardt, Nina	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Enners, Arno	AfD			x	
Falk, Dr. Horst	CDU		x		
Feldmayer, Martina	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Felstehausen, Torsten	DIE LINKE	x			
Fissmann, Karina	SPD				x
Förster-Heldmann, Hildegard	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Frömmrich, Jürgen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Funken, Sandra	CDU		x		
Gagel, Klaus	AfD			x	
Gaw, Dirk	AfD			x	
Geis, Kerstin	SPD	x			
Gerntke, Axel	DIE LINKE	x			
Gersberg, Nadine	SPD	x			
Gnadl, Lisa	SPD	x			
Goldbach, Eva	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Grobe, Dr. Frank	AfD				x
Gronemann, Vanessa	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Grüger, Stephan	SPD	x			
Grumbach, Gernot	SPD	x			
Grüttner, Stefan	CDU		x		

Name der/des Abgeordneten	Fraktion	ja	nein	enthalten	gefehlt
Hahn, Dr. h.c. Jörg-Uwe	Freie Demokraten		x		
Hartdegen, Tanja	SPD	x			
Hartmann, Karin	SPD	x			
Heidkamp, Erich	AfD				x
Heidt-Sommer, Nina	SPD	x			
Heimer, Petra	DIE LINKE	x			
Heinz, Christian	CDU		x		
Heitland, Birgit	CDU		x		
Hering, Thomas	CDU		x		
Herrmann, Klaus	AfD			x	
Hinz, Priska	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Hofmann (Weiterstadt), Heike	SPD	x			
Hofmann (Fulda), Markus	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN				x
Hofmeister, Andreas	CDU		x		
Holschuh, Rüdiger	SPD	x			
Honka, Hartmut	CDU		x		
John, Knut	SPD	x			
Kaffenberger, Bijan	SPD	x			
Kahnt, Rolf	fraktionslos				x
Kalveram, Esther	SPD	x			
Kasseckert, Heiko	CDU		x		
Kaufmann, Frank-Peter	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Kinkel, Kaya	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Klose, Kai	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Knell, Wiebke	Freie Demokraten		x		
Kühne-Hörmann, Eva	CDU		x		
Kula, Elisabeth	DIE LINKE	x			
Kummer, Gerald	SPD	x			
Lambrou, Robert	AfD			x	
Leveringhaus, Torsten	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Lichert, Andreas	AfD			x	
Löber, Angelika	SPD	x			
Lortz, Frank	CDU		x		
Lorz, Prof. Dr. R. Alexander	CDU		x		
Lotz, Heinz	SPD	x			
Martin, Felix	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
May, Daniel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Müller (Witzenhausen), Hans-Jürgen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Müller (Lahn-Dill), J. Michael	CDU		x		
Müller (Kassel), Karin	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Müller (Schwalmstadt), Regine	SPD	x			
Müller (Fulda), Sebastian	CDU		x		
Müller-Klepper, Petra	CDU				x
Naas, Dr. Stefan	Freie Demokraten				x
Papst-Dippel, Claudia	AfD				x
Pentz, Manfred	CDU		x		
Pohlmann, Jan-Wilhelm	CDU		x		
Promny, Moritz	Freie Demokraten		x		
Pürsün, Yanki	Freie Demokraten				x
Puttrich, Lucia	CDU		x		
Rahn, Dr. Dr. Rainer	fraktionslos				x
Ravensburg, Claudia	CDU		x		
Reul, Michael	CDU		x		
Rhein, Boris	CDU		x		

Name der/des Abgeordneten	Fraktion	ja	nein	enthalten	gefehlt
Richter, Volker	AfD			x	
Rock, René	Freie Demokraten		x		
Rudolph, Günter	SPD	x			
Ruhl, Michael	CDU		x		
Schad, Max	CDU		x		
Schäfer (Maintal), Thomas	Freie Demokraten		x		
Schalauske, Jan	DIE LINKE	x			
Schardt-Sauer, Marion	Freie Demokraten		x		
Schauder, Lukas	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN				x
Schenk, Gerhard	AfD				x
Scheuch-Paschkewitz, Heidemarie	DIE LINKE	x			
Schleenbecker, Katrin	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Schmidt, Mirjam	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Schneider, Florian	SPD	x			
Scholz, Heiko	AfD			x	
Schulz, Dimitri	AfD			x	
Serke, Uwe	CDU		x		
Sommer, Dr. Daniela	SPD	x			
Sönmez, Saadet	DIE LINKE	x			
Steinraths, Frank	CDU		x		
Stirböck, Oliver	Freie Demokraten				x
Tipi, Ismail	CDU				x
Ulloth, Oliver	SPD	x			
Utter, Tobias	CDU		x		
Vohl, Bernd-Erich	AfD			x	
Wagner (Taunus), Mathias	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Wallmann, Astrid	CDU		x		
Walter, Alexandra	fraktionslos	x			
Walther, Katy	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		x		
Waschke, Sabine	SPD	x			
Weiß, Marius	SPD	x			
Wendel, Christian	CDU		x		
Wilken, Dr. Ulrich	DIE LINKE	x			
Wintermeyer, Axel	CDU		x		
Wissenbach, Walter	fraktionslos			x	
Yüksel, Turgut	SPD	x			